

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 117/08 vom 02. April 2008

Susanne Herold zu Hochbegabten: Ergebnisse der Großen Anfrage geben Anlass zu erneuten Gesprächen mit dem Koalitionspartner

Bitte diese Fassung verwenden!

„Mit der Novellierung des Schulgesetzes ermöglichen wir schwächeren Schülerinnen und Schülern bessere Bildungschancen. Aber auch Hochbegabte brauchen eine konsequente Förderung, sonst enden sie häufig als Schulversager.“ Mit diesen Worten hat die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Susanne Herold, heute (2. April) auf die Antwort der Landesregierung auf die große Anfrage ihrer Fraktion zum Thema „Hochbegabte“ (Drucksache 16/1942) und die diesbezügliche Berichterstattung der Lübecker Nachrichten (S. 7) reagiert.

Nach Schätzungen von Fachleuten verlassen in Deutschland etwa 10.000 hochbegabte Jugendliche pro Jahr die Schulen ohne Abschluss. Völlig unabhängig von den persönlichen Tragödien dieser Menschen gehe damit der Gesellschaft ein unglaubliches Potential verloren. „Das können wir uns in Zeiten des Fachkräftemangels nicht leisten“, so Herold.

Heute gelte es als allgemein anerkannt, dass insgesamt etwa zwei Prozent eines Schuljahrganges hochbegabt sind. „Ob diese Hochbegabung zu einer erfolgreichen Schullaufbahn führt, hängt aber stark vom jeweiligen Umfeld ab“, erklärte Herold.

Etwa acht Prozent der Schülerinnen und Schüler litten unter einer geistigen Unterforderung bei der herkömmlichen Wissensvermittlung. Die Folge sei häufig Frustration bis hin zur völligen Verweigerung: „Es kann nicht sein, dass hochbegabte Schülerinnen und Schüler am Ende ohne Schulabschluss da stehen“, so Herold. Für diese Kinder müsse das öffentliche Bildungssystem ein angemessenes Angebot zur Verfügung stellen. Herold: „Andere Bundesländer tun das bereits. Selbst das rot/rot regierte Berlin ist konzeptionell deutlich weiter als Schleswig-Holstein“.

Im letzten Jahr war das Beispiel eines 11-jährigen Jungen öffentlich geworden, den seine Eltern bereits in diesem Alter auf ein Internat in Thüringen schicken müssen, weil in Schleswig-Holstein kein entsprechendes Angebot besteht. „Wir können es uns nicht leisten, hochbegabte Schülerinnen und Schüler aus Schleswig-Holstein zu vergraulen“, so Herold weiter.

Besonders schwierig sei die Situation nach Ansicht von Fachleuten für hochbegabte Kinder sozial schwacher Familien: „Diese werden häufig gar nicht erkannt, gelten als Störer und Querulanten und landen dann im Abseits. Sowohl unseren Erzieherinnen als auch den Lehrkräften fehlen häufig die Kenntnisse, um Hochbegabung frühzeitig zu erkennen,“ erklärte Herold. Bildungsnahe Elternhäuser bemerkten in der Regel früher, dass die Kinder an den Schulen unterfordert sind und böten ihren Kindern ein reichhaltiges privates Angebot, um die Schulunlust in Grenzen zu halten. „Für diese Kinder bietet unser neues Schulgesetz durch die flexible Eingangsphase und den schnelleren Weg zum Abitur gute Möglichkeiten“, so Herold. Dies sei zwar keine echte Förderung sondern eher ein Mittel, die Langeweile zu verkürzen. Es verhindere aber zumindest das Abgleiten in völlige Frustration.

„Wir werden die Ergebnisse der Großen Anfrage zum Anlass nehmen, erneut mit unserem Koalitionspartner über die Förderung von Hochbegabten zu sprechen und diese auch gesetzlich zu verankern. Leider war dies weder bei den Verhandlungen über den Koalitionsvertrag noch bei der Novellierung des Schulgesetzes möglich – durch die Große Anfrage haben wir nun eine neue Faktenlage“, so Herold abschließend.